

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung
SES

Herausgeber: Schweizerische Energie-Stiftung

Band: - (2011)

Heft: 4: Klimaschutz : viel heisse Luft!

Artikel: Ja zum Atomausstieg : nun müssen energiepolitische Taten folgen

Autor: Brand, Rafael

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586941>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.01.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ja zum Atomausstieg: Nun müssen energiepolitische Taten folgen

Die Allianz von SP, Grüne, Grünliberalen, BDP und CVP hat sich im Ständerat gegen die Atomlobby, die SVP und die Mehrheit der FDP durchgesetzt – und den schrittweisen Atomausstieg besiegelt. Nach der Kür folgt die Pflicht. Das Rezept für den Atomausstieg ist relativ einfach. Es braucht vor allem viel politischen Konsens und Willen. Was bleibt, ist das Restrisiko.



Von RAFAEL BRAND
E&U-Redaktor, info@scriptum.ch

Der 28. September 2011 könnte – als Tag der Schweizer Energiewende – in die Geschichte eingehen: Statt eines Pseudo-Atomausstiegs mit offener Hintertüre für AKW der «neuen Generation» sagte der Ständerat in aller Deutlichkeit Ja zum Atomausstieg. Manch einer rieb sich wohl die Augen: Denn das Ja vom Ständerat war so nicht zu erwarten.

Das «Ja zum Atomausstieg» im allerletzten Moment

Nur einen Tag vor der entscheidenden Atomdebatte kam es in der Energie- und Umweltkommission (UREK-S) zur Wende. Am 27. September, ab 7 Uhr und im allerletzten Moment, wich die UREK-S von ihrer Forderung ab, nur den Bau von Atomkraftwerken «der heutigen Generation» zu verbieten und schwenkte darauf ein, dass kein «Technologieverbot» erlassen wird. Nun wurde klar, dass – nach dem Ja von Bundesrat und Nationalrat – auch der Ständerat dem schrittweisen Atomausstieg zustimmen wird. SP, Grüne, CVP und BDP setzten sich am nächsten Tag mit jeweils 30 gegen 10 Stimmen klar gegen die Atombefürworter SVP und die Mehrheit der FDP durch – und besiegelten den schrittweisen, geordneten Atomausstieg.

Offenbar war es der CVP-Spitze kurz davor an einer «Gruppensitzung» gelungen, ihre wankenden Ständeräte auf Parteilinie, sprich auf den Atomausstieg ohne Hintertüre zu «trimmen». Parteipräsident Christophe Darbellay gab sich nach dem Ja im Ständerat entsprechend gut gelaunt: «Das war der wichtigste politische Entscheid der vergangenen 25 Jahre.»

Europäischer Solarpreis 2011 für den Atomausstieg

Es ist ein offenes Geheimnis, dass die vier Bundesrätinnen Micheline Calmy-Rey, Doris Leuthard, Simonetta Sommaruga und Eveline Widmer-Schlumpf matchentscheidend waren, dass der Bundesrat am 25. Mai 2011 – wenige Wochen nach dem Super-GAU in Fukushima – den geordneten Atomausstieg beschlossen hat. Für ihr energiepolitisches Engagement wurden die vier Bundesrätinnen mit dem europäischen Solarpreis 2011 geehrt. Die Preisübergabe erfolgte am 2. Dezember.

Gestärkte Allianz für den Atomausstieg

Auch die Wahlen vom 23. Oktober sind für den Atomausstieg positiv verlaufen: «Die Atomausstiegs-Allianz wurde gestärkt, die SVP und FDP geschwächt. Somit dürfte die Mehrheit des Nationalrates am Atomausstieg festhalten und auch die nötigen Massnahmen beschliessen», so beispielsweise die «Neue Luzerner Zeitung». Auch die «NZZ am Sonntag», die sämtliche Mandate der alten und neuen Nationalräte verglichen hat, kommt zum gleichen Schluss: «Die Umweltverbände sowie jene Gruppen und Branchen, die eine Energiewende anstreben, konnten am stärksten zulegen. Verstärkt wird ihre Kraft dadurch, dass umgekehrt die Atomindustrie an Einfluss verlor.»¹

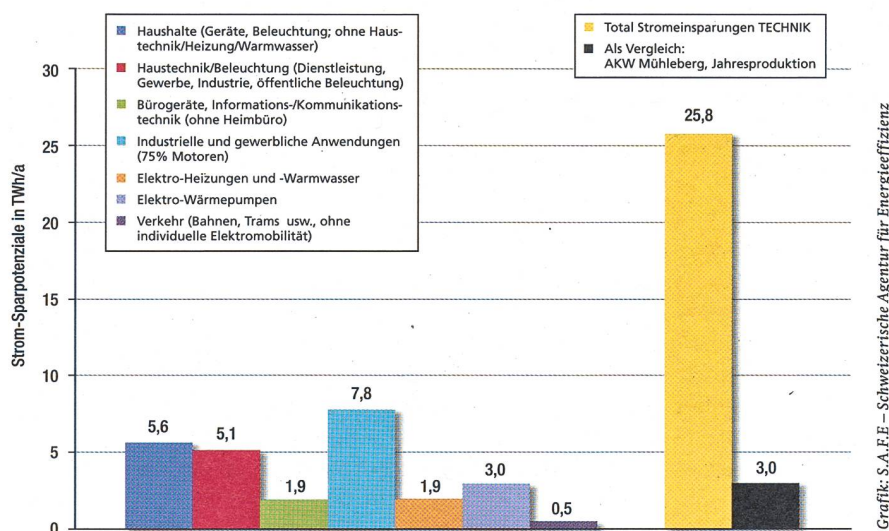
Ein erster Schritt hin zur Energiewende

Die SES ist ob dem klaren Ja des Ständerats und der Wahlergebnisse natürlich erfreut: «Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.» SES-Geschäftsleiter Jürg Buri betont: «Der Ständerat hat mit seinem Ja zum schrittweisen Atomausstieg ein klares Signal zuhänden der Stromwirtschaft gesetzt. Das schafft nötige Rechts-, Planungs- und Investitionssicherheit, um die Weichen hin zur erneuerbaren Energie-Zukunft zu stellen.»

Es braucht energiepolitische Taten

«Es ist vollbracht. Die Schweiz steigt aus der atomaren Energieversorgung aus», jubelten die Grünliberalen (glp). «Eine neue Energie-Zukunft dank der CVP», lobte sich die CVP selber. Und auch der Schweizerische Gewerbeverband (svg) als grösster Dachverband mit rund 300'000 KMU-Unternehmen betonte: «Die Energiewende, welche der Ständerat definitiv beschlossen hat, ist eine Chance für die Schweizer Wirtschaft. Der sgv verlangt, dass der historischen Entscheidung nun der Tatbeweis folgen muss.»

Alle – ausser die AtombefürworterInnen – freuen sich ob dem «historischen» Atomausstieg. Nach der Kür folgt nun die Pflicht: Bald sind konkrete Schritte und Massnahmen gefordert, damit der Atomausstieg gelingt. Und hier dürfte die WOZ den Nagel auf den Kopf treffen: «Offenbar ist ein ökologisches Bewusstsein mehrheitsfähig geworden – jedenfalls solange man den Lebensstil nicht ändern muss.»²



Grafik: S.A.F.E. – Schweizerische Agentur für Energieeffizienz

Die eingesparte ist die günstigste Kilowattstunde Strom: Mit «Best»-Technologie und effizienten Geräten lässt sich der Schweizer Stromverbrauch bis ins Jahr 2050 um mindestens 25 TWh reduzieren.

Das Restrisiko bleibt

Gross ist die Freude. Fakt aber ist, dass lediglich keine Rahmenbewilligungen zum Bau neuer AKW erteilt werden dürfen. Zudem gibt es für den Atomausstieg keinen verbindlichen Fahrplan, und die vier Schweizer AKW mit ihren teils schwerwiegenden Sicherheitsmängeln sollen weiter laufen, so lange die Sicherheitsvorschriften «erfüllt» sind. Das Restrisiko also bleibt.

Unsere PolitikerInnen sollten sich stets vor Augen halten, was uns der Super-GAU in Fukushima gelehrt hat, nämlich dass das Restrisiko nicht der unwahrscheinlichste Fall, sondern eine reale existierende Gefahr mit katastrophalen Folgen ist.

Es geht bei der anstehenden Ausstiegsdebatte also um mehr als um Zahlen, Potenziale und Einzelmassnahmen. Es geht darum, das offensichtlich falsch eingeschätzte Restrisiko endgültig und raschmöglichst zu eliminieren. – Es wird kein Sonntagsspaziergang. Doch das Rezept, damit der Atomausstieg gelingt, ist relativ einfach.

Das A und O ist Energieeffizienz

Die eingesparte ist die günstigste Kilowattstunde Strom: Gemäss BFE-Energieperspektiven beträgt das Sparpotenzial bis 2050 rund 24,4 TWh (im 2010 ist der CH-Stromverbrauch auf rund 60 TWh/Jahr gestiegen). Die Energieeffizienz ist somit das A und O für den Atomausstieg. Erfolgt dieser wichtigste Schritt mit der nötigen Konsequenz, lässt sich auch der verbleibende Strombedarf (da die AKW stillgelegt werden) von 25 TWh/Jahr durch neue Wasserkraft, Erneuerbare und notfalls mit Wärme-Kraftkoppelung (WKK) abdecken. Die 2°-Grenze beim Klimaschutz und die 2000-Watt-Gesellschaft sind dabei nicht bloss (Fern-)Visionen, sondern müssen als verbindliche Ziele den Weg weisen.

Klar ist: Der Atomausstieg wird eine gutschweizerische Kompromisslösung. Die Parteien-Allianz für den Atomausstieg muss bedächtig vorgehen, denn die altbekannten AtombefürworterInnen werden die «neue Energiepolitik» und die hierfür notwendigen Massnahmen weiterhin gezielt torpedieren. <

ETH-Studie bestätigt: Atomausstieg ist machbar und bezahlbar

Eine aktuelle ETH-Studie bestätigt die Ziele und Vorgaben der neuen Energiepolitik: Gemäss der Studie ist der Atomausstieg bis 2050 technologisch möglich und volkswirtschaftlich verkraftbar. Dabei sind die globalen Klimaziele einzuhalten (bis 2050 weniger als 2 t CO₂/Kopf und Jahr; bis 2100 rund 1 t CO₂/Kopf/Jahr). Dies bedingt im Jahr 2050 einen CO₂-freien Wärmesektor, minimalen CO₂-Ausstoss bei der Stromerzeugung sowie eine effiziente, teilelektrifizierte Mobilität. Infos unter: www.ethlife.ethz.ch/archive_articles/111114_energiestudie_rok/index

1 Neue Luzerner Zeitung, 25.10.2011; NZZ am Sonntag, 30.10.2011
2 WOZ, 27.10.2011

Corporate Justice: Klare Regeln für Konzerne. Weltweit!



Bundesrat und Parlament sollen dafür sorgen, dass Firmen mit Sitz in der Schweiz weltweit die Menschenrechte und die Umwelt respektieren. Das fordern über fünfzig Organisationen in einer Petition, die auch von der Schweizerischen Energie-Stiftung SES unterstützt wird.

Ob Transocean im Golf von Mexiko, Trafigura in der Elfenbeinküste oder Axpo in Russland: Immer wieder kommen Unternehmen mit Sitz in der Schweiz mit Menschenrechten und Umweltstandards in Konflikt. Zwar haben sich viele Firmen in den letzten Jahren interne Bestimmungen zur ökologischen und sozialen Unternehmensverantwortung zugelegt oder branchenweite Verhaltenskodexe unterzeichnet. Aber diese sind freiwillig und unverbindlich und vermögen Verstösse nicht zu verhindern, wie zahlreiche Beispiele zeigen.

Menschenrechte & Umwelt respektieren
Die Kampagne «Recht ohne Grenzen» will dies ändern. Sie fordert von Bundesrat und Parlament verbindliche Regeln, damit Firmen mit Sitz in der Schweiz weltweit die Menschenrechte und die Umwelt respektieren. Die Konzerne sollen eine Sorgfaltspflicht wahrnehmen müssen, damit weder von ihnen noch von Niederlassungen oder Zulieferfirmen Menschenrechte verletzt werden.

Als Standort von überdurchschnittlich vielen international tätigen Unternehmen trägt die Schweiz eine besondere Verantwortung. Pro Kopf der Bevölkerung hat sie weltweit die höchste Dichte an Multis. Dank tiefer Steuern und anderer Vorteile bleibt sie nicht nur für alt eingesessene Firmen interessant, sondern zieht auch viele dubiose Zuzüger an, etwa aus dem Rohstoff- oder Sicherheitsbereich. Bisher hat sich die Schweiz gegen rechtlich verbindliche Richtlinien für Multis ausgesprochen – höchste Zeit, dies zu ändern!

Unterschreiben Sie noch heute die Petition auf www.rechtohnegrenzen.ch

Pepo Hofstetter, Alliance Sud